

Antrag I-5
Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt

Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager!

1 Mit den China Cables konnte das Internationale
 2 Netzwerk investigativer Journalist*innen beweisen,
 3 was schon länger vermutet wurde: In der Volksre-
 4 publik China wird mit einem staatlichen Lagersys-
 5 tem gegen die Uigur*innen und andere muslimische
 6 Minderheiten vorgegangen. Menschen werden unun-
 7 terbrochen in ihrem Privatleben überwacht, mit Al-
 8 gorithmen bewertet und bei einem negativen Er-
 9 gebnis in Umerziehungslager interniert. Schätzun-
 10 gen gehen davon aus, dass bis zu eine Million
 11 Menschen in diesen Lagern festgehalten und in-
 12 doktriniert werden. Zudem werden uigurische Frau-
 13 en zwangssterilisiert, was einen Einbruch der uigu-
 14 rischen Bevölkerung zur Folge hat.
 15 Der chinesische Überwachungsstaat zeigt sich in
 16 den Umerziehungslagern unbestreitbar von seiner
 17 menschenverachtenden Seite. Menschen wird die
 18 Freiheit geraubt, weil sie religiös sind, weil sie Bär-
 19 te tragen, weil sie zu oft die Hintertür ihres Hau-
 20 ses benutzen oder eine App auf ihrem Smartphone
 21 haben, die sie an Gebetszeiten erinnert. Expert*in-
 22 nen kommen auf Basis der China Cables, die Ge-
 23 heimdokumente der chinesischen Regierung um-
 24 fassen, zu einem klaren Ergebnis: Das Ziel der chine-
 25 sischen Regierung ist ein kultureller Genozid. Die ui-
 26 gurische Kultur soll gewaltsam ausgelöscht werden.
 27 Die chinesische Politik gegen die Uigur*innen ist je-
 28 doch nicht nur deshalb so schockierend, weil sie auf
 29 einer menschenverachtenden Homogenisierungs-
 30 ideologie fußt, sondern weil sie tatsächlich auch die
 31 Mittel hat, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehö-
 32 ren vor allem die technischen Mittel, die eine nahe-
 33 zu uneingeschränkte Überwachung ermöglichen.
 34 Anlässlich des 100. Geburtstages der kommunisti-
 35 schen Partei im Juli erschien im März der chinesi-
 36 sche Propagandafilm "The Wings of Songs". Er han-
 37 delt davon, wie glücklich die Uiguren imvereinig-
 38 ten China sind. Die Provinz Xinjiang wird in ein idyl-
 39 lisches Paradies verwandelt. Völkermord, Zwangs-
 40 arbeit und Umerziehungslager werden hier nicht
 41 thematisiert. Chinesische Kinos sind dazu verpflich-
 42 tet zwei Mal wöchentlich Propagandafilme auszu-
 43 strahlen. Dabei müssen die Kinosäle gut gefüllt sein.
 44 Auf viele Chines*innen wird daher Druck ausgeübt

Erledigt durch Beschlussfassung des ordentlichen
 Bundesparteitages 2019.
 Antragsbereich Ini/ Antrag 17: Kein "Weiter-Soin un-
 serer Politik mit China, überwiesen an Kommission
 Internationale Politik
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/201912_Beschlussbuch_BPT.pdf, Seite 155 f., abgerufen: 17. September
 2021, Se

45 ins Kino zu gehen und sich diese Filme anzuschau-
46 en. Der Film kann auch auf Youtube frei angeschaut
47 werden. Daher fordern wir:

- 48 • es muss eine Aufklärungskampagne geben,
49 die über die regelmäßige Berichterstattung in
50 Nachrichten hinausgeht und einen Gegenpol
51 zu der chinesischen Propaganda darstellt.

52 **Wo ist die Weltgemeinschaft? Sie hat weggeschaut.**

53 Obwohl die Offensive Pekings gegen die uiguri-
54 sche Minderheit bereits immer wieder diskutiert
55 wurde, hat erst die Veröffentlichung der China Ca-
56 bles eine neue Dynamik in die Debatte um den
57 staatlichen Terror Chinas gegen seine Bevölkerung
58 gebracht. Dabei konnte es sogar Laien gelingen, die
59 Lagerstrukturen zu erkennen: Sie waren bei Goog-
60 le Maps in Satellitenaufnahmen erkennbar. Es muss
61 also davon ausgegangen werden, dass westliche Ge-
62 heimdienste absichtlich weggeschaut haben.

63 **Deutsche und europäische Verantwortung**

64 Auch Deutschland trägt hier Verantwortung: Die
65 deutsche Bundesregierung hat die Internierung ei-
66 ner Million Menschen ignoriert. Obwohl China nicht
67 nur ein souveräner, sondern auch ein militärisch und
68 ökonomisch mächtiger Staat ist, ist China kein un-
69 abhängiger Kosmos, der die Meinung der Weltge-
70 meinschaft und anderer Wirtschaftsmächte ignorie-
71 ren kann. Deutschlands Politik direkt gegenüber Chi-
72 na, in der EU und in den Vereinten Nationen hat Ein-
73 fluss auf die chinesische Politik. Diesen Einfluss gilt
74 es zu nutzen.

75 **Wir fordern...**

- 76 • dass unabhängige internationale Beobach-
77 ter*innen Zugang zu den Lagern in Xinjiang er-
78 halten
- 79 • dass die deutsche Bundesregierung und
80 der deutsche Bundestag den kulturellen Ge-
81 nozid als solchen benennen und verurteilen
- 82 • dass sich die Bundesregierung auf europäi-
83 scher Ebene für eine wertegebundene Han-
84 delspolitik gegenüber China einsetzt. Das
85 heißt: Das Ende des Lagersystems fordern und
86 diesen Forderungen notfalls auch mit Sanktio-
87 nen Nachdruck verleihen!
- 88 • die Europäische Union die Regeln für den
89 Export von Dual-Use-Gütern, insbesondere
90 von Informationstechnologie, die zur Überwa-
91 chung verwendet werden kann, deutlich ver-
92 schärft. Hierauf muss Deutschland in seiner
93 EU-Ratspräsidentschaft 2020 hinwirken.

- 94 • umfassende Sanktionierung von Unterneh-
95 men und Einzelpersonen, die sich an der In-
96 ternierung oder Überwachung beteiligen. Das
97 gilt auch für deutsche Unternehmen.
98 • eine neue Strategie im Umgang mit der chine-
99 sischen Diktatur. Das muss auch den Umgang
100 mit chinesischen Konzernen wie beispielswei-
101 se Huawei betreffen.

102 Deutschland und Europa dürfen nicht aus ökonomischem
103 Eigeninteresse die Augen vor dem Gulag-
104 System verschließen, das in China herrscht!

105 **Solidarität mit Tashpolat Tiyp**

106 Tashpolat Tiyp ist Geograph und war Präsident
107 der Xingjiang-Universität in Ürumqi. Auf dem Weg
108 nach Deutschland zu einem Treffen mit Kollabora-
109 tionspartnern am Leibniz Institut für Angewandte
110 Geophysik in Hannover verschwand er plötzlich
111 spurlos. Sechs Monate später wurde ihm in einem
112 chinesischen Propaganda-Video vorgeworfen, die
113 Köpfe der Student*innen zu vergiften, weil er zu
114 viele uigurische Quellen verwendet habe. Im Video
115 wird auch das Strafmaß verkündet: der Tod. Dieses
116 Beispiel zeigt nicht nur die Absurdität und Willkür
117 der Vorwürfe, die die chinesische Regierung erhebt.
118 Es zeigt auch, dass die Deportationen selbst hier in
119 Hannover noch spürbar sind. Menschen, mit denen
120 man eben noch zusammengearbeitet hat, werden
121 plötzlich verschleppt – für immer, wie zu befürchten
122 steht.

123 **Wir solidarisieren uns deshalb mit Tashpolat Tiyp**
124 **ip und anderen Wissenschaftler*innen, die vom chi-**
125 **nesischen Staat terrorisiert werden, weil sie nicht**
126 **bereit sind die Existenz der Uigur*innen in ihrer wis-**
127 **senschaftlichen Arbeit zu leugnen!**

128 **Niedersächsische Verantwortung**

129 In der autonomen Region Xingjiang, in der sich die
130 Umerziehungslager befinden, ist auch ein nieder-
131 sächsischer Autohersteller präsent: Volkswagen un-
132 terhält in Urumqi ein Werk in erzwungener Koope-
133 ration mit einem chinesischen Hersteller. Das Werk
134 in der abgelegenen Provinz ist wirtschaftlich kaum
135 rentabel, dafür aber Teil eines Deals mit der chi-
136 nesischen Regierung. Das Werk in Urumqi ist der
137 Preis für profitable Werke an der chinesischen Ost-
138 küste. Volkswagen befindet sich damit räumlich in
139 unmittelbarer Nähe zur Verfolgung und Internie-
140 rung der Uigur*innen, hat bis vor kurzem jedoch ge-
141 leugnet, Kenntnis von einer solchen Politik zu ha-
142 ben. Das hatte beispielsweise der VW-Chef Heri-

143 bert Diess noch im April bei der Shanghaier Auto-
144 messe behauptet. Der ehemalige Konzernchef Win-
145 terkorn teilte Menschenrechtler*innen sogar mit,
146 dass er von solchen Vorwürfen nichts wissen wol-
147 le. Dabei sind ein Viertel der Mitarbeiter*innen im
148 Werk Angehörige von Minderheiten, ein Achtel sol-
149 len Uigur*innen sein. Dabei die chinesische Politik
150 zu übersehen, erfordert schon sehr viel Entschlos-
151 senheit. Es bleibt die bittere Erkenntnis: Menschen
152 werden in Lager gesperrt und ein niedersächsischer
153 Konzern verschließt davor die Augen.

154 Internationalen Beobachter*innen zufolge, ist es
155 faktisch nicht möglich in Xinjiang zu produzieren
156 ohne Zwangsarbeit von Uiguren zu unterstützen.
157 Die USA, Kanada und Großbritannien haben bereits
158 Importstopps oder ein "Gesetz zur Verhinderung ui-
159 gurischer Zwangsarbeit auf den Weg gebracht, die
160 EU hat 2020 eine Resolution verabschiedet, in der sie
161 die Zwangsarbeit verurteilt.

162 Doch VW schaut nicht nur weg. Der Konzern ist auch
163 eine Kooperation mit der Bewaffneten Volkspoli-
164 zei eingegangen. Diese paramilitärische Organisa-
165 tion ist der maßgeblich durchführende Akteur hin-
166 ter den willkürlichen Verhaftungen, den Lagern und
167 der Zwangsarbeit. Das Abkommen sieht laut chi-
168 nesischen Medienberichten militärisches Training
169 und patriotische Erziehung für neue Werksmitar-
170 beiter*innen vor. VW bestreitet lediglich, dass mi-
171 litärisches Training stattgefunden hat. Das Abkom-
172 men selbst nicht. Damit hat sich der Konzern nicht
173 nur unwissend gestellt, sondern die Politik gegen
174 Minderheiten in China aktiv unterstützt. Von einem
175 Unternehmen, das sich in seinen Verhaltensgrund-
176 sätzen gegen Menschenrechtsverletzungen stark
177 macht, ist mehr zu erwarten. Von einem Unterneh-
178 men, das eine Erinnerungsstätte an die Zwangsar-
179 beit bei VW während des Nationalsozialismus un-
180 terhält, ganz besonders.

181 Daher fordern wir:

- 182 • dass Firmen, die in Xinjiang produzieren, ihre
183 Produktionsstätten auf andere Standorte ver-
184 lagern ansonsten dürfen ihre Produkte nicht
185 mehr in Deutschland verkauft werden
- 186 • dass Firmen die weiterhin in Xinjiang produ-
187 zieren explizit nachweisen müssen, dass ihre
188 Ware nicht mit Hilfe von Zwangsarbeit herge-
189 stellt wurde, z.B. durch unabhängige Beobach-
190 ter*innen
- 191 • deutsche Firmen keine Ware von chinesischen

192 Zulieferern erhalten, wenn diese im Zusammen-
193 hang mit Zwangsarbeit von Uiguren stehen
194

195 VW aber ist kein Unternehmen wie jedes andere
196 auch. VW ist durch das gleichnamige Gesetz erheblich
197 mit dem Land Niedersachsen verflochten, das
198 20,2 Prozent der Aktien und damit eine Sperrminorität
199 im Aufsichtsrat hält. Ministerpräsident Stephan
200 Weil ist qua Amt Mitglied des VW-Aufsichtsrats. VW
201 ist einer der wenigen Fälle, wo die Politik unmittelbaren
202 Einfluss auf das wirtschaftliche Agieren eines
203 Großkonzerns nehmen kann.

204 **Deshalb fordern wir die niedersächsische Landes-**
205 **regierung und den Ministerpräsidenten auf, Konsequenzen**
206 **aus den Enthüllungen der China Cables zu ziehen und die**
207 **Beteiligung von Volkswagen an der menschenverachtenden**
208 **chinesischen Politik nicht länger zu dulden! Die Vertuschung muss**
209 **aufhören, die Beteiligung des Konzerns muss systematisch**
210 **aufgearbeitet werden und die Kooperation mit der**
211 **Bewaffneten Volkspolizei beendet werden! Der kulturelle**
212 **Genozid in China muss gestoppt werden.**

214